

(Beginn: 12.10 Uhr – Ende: 13.13 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 7. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Frau Symanski sowie Herr Rottmann, der sich offensichtlich abgemeldet hat.

Heute müssen wir gleich zu Beginn einen Beschluss fassen; das ist Tagesordnungspunkt 1.

**1. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin
3694/2014**

Frau Müller soll als weitere stellvertretende Schriftführerin bestellt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Wir sind damit arbeitsfähig.

(Beifall)

Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2015 steht heute Nachmittag – das wissen wir alle – um 15 Uhr eine komplette Ratssitzung an. Das heißt, wir haben heute viel vor.

Wir müssen die Tagesordnung für die Sitzung am heutigen Vormittag festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Es gibt keine nachträglichen Zu- und Absetzungen.

Zur Einbringung des Entwurfs werde zunächst ich, wie es in den letzten Jahren immer der Fall gewesen ist, das Wort ergreifen. Danach wird sich die Kämmerin an Sie wenden. Wie üblich werden wir dann, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesem Punkt schließen und die beiden Vorlagen sowie die dazu gestellten Anträge in die Haushaltsplanberatungen der Fachgremien geben.

Ich gehe davon aus, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir haben heute ein Geburtstagskind: Herr Timmer, der als Pressesprecher schon so lange für den Rat tätig ist, hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Ich möchte jetzt gerne meine Rede zur Einbringung des Haushalts halten. Frau Scho-Antwerpes, ich darf Sie herzlich bitten, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

(Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung)

**2. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2015
3747/2014**

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 stellen wir die Weichen für die Zukunft unserer Stadt. Köln hat hervorragende Zukunftsperspektiven. Köln wächst; Menschen ziehen hinzu, weil sie hier Zukunftschancen sehen, weil sie die Stadt attraktiv finden und gerne hier leben. Mit dem Haushalt 2015 wollen wir die positive Entwicklung begleiten und gestalten; wir setzen neue Akzente, ohne dabei die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren.

Köln ist ein ausgezeichnete Standort sowohl für öffentliche als auch für private Investitionen. Alle, die hier investieren, haben Vertrauen in die Kraft dieser Stadt. In der Nachkriegsgeschichte – abgesehen von dem direkten Wiederaufbau unmittelbar nach dem Krieg – ist noch nie so viel investiert, noch nie so viel gebaut worden wie in diesen Jahren. Das macht uns wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen erfolgreichen Städten wie etwa Hamburg, München oder Stuttgart.

Man muss sich immer wieder vor Augen führen, was gerade geschieht und wie sich das Gesicht unserer Stadt auch wandelt. Öffentliche und private Investitionen erstrecken sich auf die gesamte Stadt. Sie erreichen ein Volumen, das in den zweistelligen Milliardenbereich geht. Davon profitiert die heimische Wirtschaft; davon profitieren aber auch alle Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Zukunftsinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Masterplan der Universität zu Köln umfasst Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Der Neubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule ist mit 300 Millionen Euro veranschlagt. Der Neubau der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf dem Deutzer Feld wird nicht weniger als 50 Millionen Euro kosten. Der Umzug

der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung gibt der Hochschule für Musik und Tanz neue Erweiterungsmöglichkeiten. Im Justizbereich ist sowohl der Neubau des Justizentrums am Eifelwall als auch der vollständige Umbau der Justizvollzugsanstalt in Ossendorf in der konkreten Planung.

Auch für Investitionen aus der Privatwirtschaft ist Köln ein begehrtes Pflaster. Der Umbau des Gerling- und des Gürzenichquartiers wird das Gesicht der Innenstadt deutlich aufbessern. Im nächsten Jahr beginnt der Umbau des Staatenhauses zu einem der modernsten Musicaltheater Deutschlands.

Die Fertigstellung großer Wohnungsbauprojekte wirft ihren Schatten voraus. Ich nenne nur einige: Widdersdorf Süd, Clouth-Gelände, Sidol-Gelände, Klostersgärten, HDI, Sürther Feld, Reiterstaffel Gaedestraße, Waldbadsiedlung Ostheim. Hinzu kommen die Planungen – um auch hier nur einige zu nennen – für Zündorf-Süd und den Ehrenfelder Güterbahnhof.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen und dem Kooperativen Baulandmodell wollen wir dafür Sorge tragen, dass auch der geförderte Wohnungsbau deutlich stärker zum Tragen kommt.

Auch unser kommunaler Haushalt enthält wichtige Investitionen. Im Schulbau sehen wir in den nächsten Jahren Baumaßnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Euro vor; darin sind laufende Planungsaufträge im Umfang von rund 626 Millionen Euro sowie geplante Projekte im Umfang von 619 Millionen Euro enthalten.

Im kommenden Jahr wird die Neugestaltung der Ostseite des Domes abgeschlossen sein. Gleiches gilt für die Fertigstellung des Rheinboulevards in Deutz. Im kommenden Jahr sehen wir dem Abschluss des Projekts „Städtische Bühnen“ mit großen Erwartungen entgegen. 2015 wird der Startschuss für den Neubau des Historischen Archivs gegeben. 2015 wollen wir auch die Neugestaltung von Porz-Mitte ebenso wie den Start der Bildungslandschaft Altstadt Nord in Angriff nehmen.

All diese Bauvorhaben werden von der Stadtverwaltung begleitet und getragen. Angesichts der Fülle der Projekte sind die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark belastet, manchmal auch überlastet. Ich danke ihnen für dieses außerordentliche Engagement. Wir wollen den so stark gestiegenen Anforderungen Rechnung tragen. Der Haushalt sieht deshalb eine deutliche Aufstockung im Personalbereich vor.

Köln ist eine wachsende Stadt. Bis Ende dieses Jahrzehnts werden 50 000 mehr Menschen hier leben. Im Jahre 2030 werden es laut Landesstatistik 100 000 Menschen mehr sein. Es kommen junge Menschen, Familien, gut ausgebildete Fachkräfte, ältere Menschen, Zuwanderer. Und noch nie wurden so viele Kinder in Köln geboren wie in diesem Jahr; jeden Monat sind es mehr als 1 000 Kinder.

Der Bevölkerungszuwachs ist eine große Chance, aber auch eine Herausforderung. Wo schrumpfende Städte ihre Leistungen der Daseinsvorsorge zurückfahren, ihre öffentlichen Einrichtungen zurückbauen, da bauen wir unsere Infrastruktur und unser Leistungsangebot für die Bürger aus – zum Beispiel im Verkehrsbereich.

Neben der Sanierung brauchen wir auch einen weiteren Ausbau unserer Verkehrswege. Das gilt für die Erweiterung unseres Stadtbahnnetzes ebenso wie für den Neubau von Umgehungsstraßen, zum Beispiel in Porz-Zündorf oder in Meschenich.

Die Kapazitäten des Bahnknotens Köln reichen längst nicht mehr aus, um die gestiegene und weiter steigende Nachfrage zu decken. Der RRX wird insbesondere auf der Strecke Köln–Düsseldorf dringend benötigt – einschließlich eines Halts im Bahnhof Mülheim.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Die Bundesregierung ist gefordert, zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für die Infrastruktur zu stehen. Hier im Ballungsraum Rheinland werden die Gelder am meisten benötigt.

Ich kann die Entscheidungen zum Bundeshaushalt 2015 nur mit großem Befremden zur Kenntnis nehmen. Die Regionalisierungsmittel wurden nicht, wie langfristig vorgesehen, um 1,5 Prozent gesteigert – der Bundesrat hatte angesichts der Mehrbedarfe eine Steigerung um 16 Prozent gefordert –; nein, die Mittel wurden auf dem Stand des Vorjahres eingefroren. Gegenüber wachsenden Städten wie Köln halte ich dies für verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für den nach wie vor völlig ungeordneten Verteilungsschlüssel. Es bleibt bei der eklatanten finanziellen Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen und damit auch unserer Stadt. Unser Land, in dem 21,8 Prozent der deutschen Bevölkerung leben, erhält einen Anteil von nur 15,7 Prozent der Mittel. Der Süden der Bundesrepublik ist über Jahre bessergestellt

worden; jetzt müssen wir, jetzt muss der Westen zu seinem Recht kommen.

Wir brauchen noch im kommenden Jahr eine Nachfolgeregelung für das 2019 auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Schon jetzt, in den Jahren 2014 und 2015, wird die Vergabe von Fördermitteln – das muss man sich vor Augen führen – vom Fördergeber Nahverkehr Rheinland wegen fehlender finanzieller Mittel abgelehnt.

Auch bei der Erziehung und Bildung stellen wir uns auf einen wachsenden Bedarf ein. Im Kitajahr 2015 werden 25 neue Kindertagesstätten in Betrieb gehen, sodass wir über 12 000 Plätze für unter Dreijährige anbieten können; das bedeutet eine Quote von 41 Prozent und eine Steigerung um 833 Plätze von einem zum anderen Jahr. Damit nehmen wir eine Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen ein. Somit geben wir für die Betreuung im U-3-Bereich 405 Millionen Euro aus. Wenn man die Erträge von 216 Millionen Euro abzieht, bleibt immer noch die riesige und stolze Summe von fast 200 Millionen Euro.

Im offenen Ganztagsbau haben wir die Plätze von 24 000 im Vorjahr auf 26 500 Plätze im Schuljahr 2014/15 aus, was eine Versorgungsquote von 75 Prozent bedeutet. Schon heute haben bereits 60 weiterführenden Schulen einen gebundenen Ganztagsbau. Vier weitere städtische Schulen kommen hinzu.

Für schulpflichtige Kinder aus Zuwandererfamilien haben wir inzwischen 120 internationale Förderklassen eingerichtet – quasi aus dem Stand. Der Ausbau auf 150 Förderklassen ist vorgesehen.

All diese Beispiele zeigen, was Köln leisten kann und aus eigener Kraft leistet. Wir haben unsere Gestaltungsmöglichkeiten, und wir erhalten unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Wir sind in der Lage, in eigener kommunaler Hoheit Schwerpunkte zu setzen.

Mit dem Haushalt 2015 laufen wir nicht Gefahr, in die gesetzliche Haushaltssicherung bzw. in den Nothaushalt abzurutschen. Die Entnahmekquote von 4,8 Prozent lässt uns allerdings auch keine zusätzlichen Spielräume. Viele Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sehen sich gezwungen, ihre Einnahmen durch Steuererhöhungen – seien es die Hebesätze bei der Gewerbesteuer oder bei der Grundsteuer – zu sichern. Damit laufen sie Gefahr, in eine gefährliche Abwärtsspirale zu geraten. Immer wieder höhere Steuern senken die At-

traktivität für Investoren und Unternehmen, aber auch den Lebensstandard in der Stadt. Deshalb heißt es für uns beim Haushalt 2015: Wir schaffen den Konsolidierungskurs auch ohne Steuererhöhungen. Das erfordert strenge Haushaltsdisziplin und weitere Entlastungen auf der Ausgabenseite – vor allem, um die globale Minderausgabe erbringen zu können.

Wir dürfen nicht verkennen, dass wir im kommenden Jahr zusätzliche Belastungen zu tragen haben. Wir müssen von geringeren Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ausgehen; die Kämmerin wird das gleich im Einzelnen erläutern.

Zudem müssen wir mit steigenden Aufwendungen für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen rechnen. Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung von Zuwanderern sind fast 80 Millionen Euro eingeplant, von denen das Land nur einen geringen Teil zu übernehmen bereit ist. Die 145 Millionen Euro, die das Land 2015 zusätzlich für die Betreuung von Flüchtlingen in ganz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen wird, sind nur ein erster Schritt. Von einer Vollkostenerstattung, wie es sie in manch anderen Bundesländern gibt, sind wir noch meilenweit entfernt. Wir wollen die Menschen, die aus Not und Elend zu uns kommen, hier in Köln aufnehmen und menschenwürdig unterbringen. Wir werden dies gleich in der nachfolgenden Ratssitzung bekräftigen.

Eine wachsende Stadt bedeutet: mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Kitas, mehr Straßen und Verkehrswege. Wir können nicht die Herausforderungen einer wachsenden Stadt annehmen und gleichzeitig die Personalquote in der Verwaltung senken. Mehr Einwohner erfordern gleichzeitig auch mehr Service und mehr Verwaltungsleistung. Der Stellenplan sieht deshalb eine Verstärkung des Personals in verschiedenen besonders stark belasteten Bereichen vor. Aber gleichzeitig schaffen wir es, durch eine Straffung der Verwaltungsabläufe, eine Abflachung der Hierarchien und eine Bündelung der Kräfte in Projektgruppen Personalressourcen einzusparen. Mit der Neustrukturierung der Gebäudewirtschaft als Dienstleistungsunternehmen für die fachlichen Auftraggeber haben wir einen wichtigen Schritt zur Verwaltungsmodernisierung getan.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können darauf bauen: Wir werden die Roadmap zur Haus-

haltskonsolidierung nicht verlassen. Das Ziel, im Jahre 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist fester Bestandteil der weiteren Haushaltsplanungen.

Am vergangenen Sonntag haben wir Kölner gezeigt, wie sehr uns ein toleranter Umgang und ein friedliches Zusammenleben am Herzen liegen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt; wir wollen ihn sichern und stärken. Unser Ziel ist es, niemanden von der sozialen Teilhabe auszuschließen. Deshalb legen wir großen Wert auf eine gute und eine gerechte Bildung. Auch für uns in Köln gilt: kein Kind zurücklassen.

Wir fördern die Bildungschancen in den sozial benachteiligten Vierteln. Wir haben uns die integrierte Quartiersentwicklung zum Ziel gesetzt. Vor Ort sollen alle zur Verfügung stehenden Mittel gebündelt und zielgenau eingesetzt werden. Mit dem Programm "Mülheim 2020" haben wir hier einen großen Erfolgsschritt getan. Heute Nachmittag werden wir den Beschluss zu Lindweiler fassen. In Köln-Kalk wird ein weiterer Schritt folgen. Mit einer intelligenten Vernetzung unterschiedlicher Förderprogramme, von der Europäischen Union über den Bund bis hin zur gezielten Landesförderung, wollen wir neue Wege gehen.

Neue Wege – das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Kölner Wohnungswirtschaft. Stadt und Wohnungswirtschaft sind sich einig, dass der Anteil der bezahlbaren und geförderten Wohnungen in Köln deutlich gesteigert werden muss. Gemeinsam – ich betone: gemeinsam – machen wir uns auf, den Bau von 20 000 Wohneinheiten, die bis 2020 benötigt werden, tatsächlich zu realisieren. Damit können wir mit dazu beitragen, das Mietniveau zu stabilisieren.

Wir alle spüren, was es bedeutet, wenn jahrzehntelang zu wenig an den Unterhalt unserer Verkehrsinfrastruktur, an die Sanierung von Brücken, Tunneln und Straßen gedacht wurde: Mehrkosten und Mehrbelastungen. Das ist kein spezifisches Kölner Phänomen, sondern betrifft die Verkehrswege in vielen Teilen der Bundesrepublik. Mit dem Haushalt 2015 packen wir die Sanierung unserer zentralen Verkehrsanlagen tatkräftig an. In der mittelfristigen Finanzplanung ist für die nächsten Jahre ein Investitionsvolumen von 320 Millionen Euro vorgesehen, davon allein 160 Millionen Euro für unsere Rheinbrücken.

Jedem leuchtet ein, dass wir die Brücken- und Tunnelanierung nicht allein aus eigener Kraft schaffen können. Die Bodewig-Kommission hat

für alle Verkehrswege in kommunaler Baulast bundesweit einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,2 Milliarden Euro jährlich festgestellt. Der Bund – das muss ich wiederum sagen – ist nur bereit, über vier Jahre verteilt 5 Milliarden Euro bereitzustellen, und zwar für alle Verkehrswege in Bund, Ländern und Gemeinden.

Unsere Verkehrswege sind die Nervenstränge unserer Wirtschaft. Wir in Köln machen unsere Hausaufgaben. Jetzt ist der Bund am Zuge. Begleitend zu den Haushaltsanmeldungen haben wir ein Instandhaltungs- und Sanierungskonzept für alle wichtigen Verkehrswege vorgelegt. Koordiniert und mit der Bezirksregierung abgestimmt realisieren wir eine Maßnahme nach der anderen. Wir wollen dieses Konzept konsequent umsetzen. Trotz aller Beschwerden und Beschränkungen: Wir handeln jetzt und sichern auch in Zukunft die Mobilität in Stadt und Region.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft braucht Vertrauen. Wir schaffen für die Unternehmen und das Handwerk verlässliche Rahmenbedingungen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Vor allen Dingen für das Handwerk!)

Unsere kompetente Wirtschaftsförderung begleitet und unterstützt unternehmerische und gewerbliche Entscheidungen. Wegen der guten Rahmenbedingungen, die Köln bietet, hat sich die Lufthansa AG für unseren Flughafen als zentralen Standort ihres neuen Low-Cost-Carriers auf der Langstrecke entschieden. Das gibt dem Flughafen einen neuen Schub und im Verhältnis zu den Wettbewerbern auch eine neue Qualität.

Die Koelnmesse startet im kommenden Jahr das größte Investitions- und Modernisierungsprogramm ihrer 90-jährigen Geschichte. Die unterschiedlichsten Bereiche der Verwaltung begleiten diesen Prozess intensiv.

Die Europäische Flugsicherungsbehörde, EASA, erweitert ihr Aufgabenspektrum, stockt ihr Personal auf und bezieht im übernächsten Jahr die modernisierte Bahndirektion am Hauptbahnhof. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt entwickelt sich zu einem der führenden Innovations- und Technologiezentren in der Bundesrepublik. Dass die Raumsonde Philae hier in Köln konzipiert wurde, kommt nicht von ungefähr.

Eine gute Standortentscheidung wird mit dem Ausbau des weltweit führenden Technologiezentrums der Ford AG in Niehl umgesetzt. In Niehl geht im nächsten Jahr auch das deutschlandweit

modernste GuD-Kraftwerk der RheinEnergie in Betrieb. Und schließlich startet die Bahn AG den Bau ihres neuesten Instandsetzungswerkes für die zukünftige ICE-Generation hier bei uns in Köln.

All das schafft Arbeitsplätze. Es führt dazu, dass wir auf die bisher noch nie erreichte Zahl von über 500 000 sozialversichert Beschäftigten verweisen können. Das gibt den Menschen in der Stadt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien, Sicherheit und Zuversicht.

Eine Stadt braucht Visionen – nicht unerreichbare Utopien, sondern große, realisierbare Ziele. Der Umbau der bisherigen industriellen Brachflächen oder der mindergenutzten Gelände in Mülheim-Süd, im Deutzer Hafen und in der Parkstadt erfordert visionäre Kraft. Diese Stadt – wir haben diese Kraft. Wir werden dort neue spannende und abwechslungsreiche Quartiere entstehen lassen. Der Startschuss für alle drei Gebiete ist gefallen. Die Entwicklung wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben. Die Erfahrungen mit dem Werkstattverfahren in Mülheim-Süd stimmen uns erwartungsfroh.

Unsere Stadt hat auch die Kraft, ein breites und vielfältiges Kulturangebot zu entwickeln. Köln ist weder ein Stadtstaat noch eine Landeshauptstadt. Wir haben weder ein Staatstheater noch ein Landesmuseum. Wir müssen vieles aus eigener Kraft leisten und stemmen – und wir leisten vieles. Ich muss Ihnen das vielfältige kulturelle Angebot nicht im Einzelnen vorstellen. Ich bin begeistert über die Vielfalt unseres Kulturangebotes, das im gerade erschienenen Kulturbericht sehr anschaulich dargestellt wird. Sie können es nachlesen; der Bericht liegt jetzt ganz aktuell auf dem Tisch. Die erfolgreiche Kulturarbeit für Köln werden wir 2015 fortführen, etwa mit dem Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums und dem Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums. Wir werden die Historische Mitte Kölns umgestalten und die Via Culturalis zu einer in Europa einzigartigen Kulturlandschaft entwickeln.

Für all dies legt der Haushalt, den wir Ihnen jetzt vorlegen, die Grundlage. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, für die Darstellung. – Ich darf jetzt zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltplanes 2015 durch die Kämmerin, Frau Klug, überleiten. Bitte schön.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich auf die Haushaltsrede vorbereitete, nachdem das Werk im Großen und Ganzen abgeschlossen war, habe ich mir wie in jedem Jahr die Frage gestellt, welches Zitat ich denn als typisch für diese Zeit, für diese Verwaltung, für unsere Diskussionen voranstellen sollte, um einige Grundgedanken komprimiert zum Ausdruck zu bringen. Ich wollte etwas aus Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* nehmen. Wer Habermas kennt, weiß, dass dieses Werk in vielfältiger Hinsicht von fundamentaler Bedeutung für diese Stadt ist. Aber dahin bin ich gar nicht gekommen, denn ich bin bei Lichtenberg hängen geblieben, dem deutschen Philosophen, der mit knappen Aphorismen wichtige Akzente setzte. Den Aphorismus, den ich für heute herausgesucht habe, sollten wir uns vielleicht in unserem täglichen Leben öfter vor Augen halten. Er lautet wie folgt:

Ich bin mehrmals wegen begangener Fehler getadelt worden, die mein Tadler nicht Kraft oder Witz genug hatte, zu begehen.

Ich glaube: Wenn wir zusammenkommen, um die Zukunft der Stadt zu diskutieren, wie sie sich in Zahlen niederschlägt, ist es sehr wichtig, mit dem Respekt voreinander und Mut zur Fehlerkultur, der in diesem kurzen, prägnanten Satz zum Ausdruck kommt, aufeinander zu- und einzugehen. Ich wünsche mir, dass unser Diskurs – da bin ich wieder bei Habermas – davon geprägt ist, dass wir nicht andere wegen Fehlern tadeln, die selber zu begehen wir nicht Kraft oder Engagement genug haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltung legt Ihnen heute den Entwurf des aufgestellten und von Herrn Oberbürgermeister bestätigten Haushalts 2015 nebst der mittelfristigen Finanzplanung vor.

Der Entwurf des Haushalts weist bei den Gesamtaufwendungen zunächst ein Volumen von

4,13 Milliarden Euro aus. Dieses reduziert sich jedoch, da der Konsolidierungsbetrag von insgesamt rund 167 Millionen Euro noch nicht berücksichtigt ist. Hier sind bereits rund 100 Millionen Euro identifiziert; die Restsumme wird noch mit Fachplanungen hinterlegt. Diesen Aufwendungen stehen Erträge in Höhe von 3,85 Milliarden Euro gegenüber, die aus technischen Gründen den Betrag von 167 Millionen Euro beinhalten. Der langen Rede kurzer Sinn: Das Defizit beträgt demnach rund 280 Millionen Euro. Das entspricht einer Entnahmerquote von knapp 4,8 Prozent, auf die Herr Oberbürgermeister Roters vorhin schon zu sprechen kam. Aufgrund des Defizits verringert sich die in der Bilanz ausgewiesene allgemeine Rücklage in 2015 um ebenjene knapp 4,8 Prozent.

Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – 2016 bis 2018 – führt die Entwicklung der Defizite zu einer weiteren Reduzierung der allgemeinen Rücklage: in 2016 um 4,09 Prozent, in 2017 um knapp 3,6 Prozent und in 2018 um 3,12 Prozent. Das Liquiditätsdefizit liegt nach den Berechnungen bei knapp 344 Millionen Euro für 2015, sinkt in den Folgejahren allerdings deutlich.

Die Nettosteuerquote liegt zwischen 2015 und 2018 bei rund 53 Prozent, macht also etwas mehr als die Hälfte der Einnahmen aus. Die Zuwendungsquote liegt 2015 bei 19,1 Prozent und 2018 bei 19,8 Prozent. Die Personalintensität – das ist der Anteil des Haushaltes, der in die Personalkosten einfließt – sinkt leicht: von 22,7 Prozent in 2015 auf 22,5 Prozent in 2018.

Alles in allem: schwierige Finanzdaten. Auf der anderen Seite zeigen die Jahresergebnisse und die Prognose für das Jahr 2014, dass die Verwaltung durchaus sparsam gewirtschaftet hat. Beim Haushalt 2015 und bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 setzen wir uns mit diesen schwierigen Entwicklungen auseinander.

Starke Städte mit soliden Finanzen sind – Herr Oberbürgermeister, sie haben bereits mehrfach darauf hingewiesen – das Rückgrat unserer Demokratie. Das gute Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger als öffentliche Aufgabe zu verstehen, als Verantwortung der Polis zu sehen und als Teil der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, gehört zum Kern der kommunalen Selbstverwaltung – und wir alle stehen nicht an, diese immer wieder zu verteidigen. Diese Einsicht

prägte auch das Vorgehen der Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts. Denn letztlich bringt auch unser Zahlenwerk zum Ausdruck, wie wir in der Lage sind, die Herausforderungen des urbanen Miteinanders zu bewältigen.

Das Zahlenwerk spiegelt zudem die Ressourcen wider, die zur Bewältigung der einzelnen Aufgaben eingesetzt werden. Es zeigt, wie die notwendige Stabilität in finanzpolitischer Sicht und die fachlichen Anforderungen abgewogen und miteinander verknüpft werden. Darüber hinaus bildet es den Ressourcenverzehr ab und macht deutlich, inwieweit der Umgang mit den öffentlichen Ressourcen heute generationengerecht erfolgt.

Der heute vorgelegte Budgetband des Haushaltes zeigt den budgetären Rahmen für die Tätigkeit der Verwaltung auf und beschränkt sich auch darauf. Der Prozess der Zuordnung der Ressourcen und der Abwägung der verschiedenen strategischen Ziele mit den Konsolidierungsnotwendigkeiten wird mit der Vorlage des Produkthaushalts- und -steuerungswerkes im Februar abgeschlossen sein. Entsprechend werde ich in meinen folgenden Erläuterungen die budgetären Rahmenbedingungen und die Sanierungsstrategie in den Vordergrund stellen.

Erlauben Sie mir einige Anmerkungen zum allgemeinen Rahmen, bevor ich in das konkrete Zahlenwerk eintrete. Dieser Haushalt zeichnet sich durch einige Neuerungen aus. Er ist Schlusspunkt, Übergang und Anfang zugleich, und er bietet Kontinuität und Verlässlichkeit bezüglich der Aufgabenerfüllung und der Entwicklung städtischer Aufgaben. Das strategische Ziel der Finanzplanung ist und bleibt die Erfüllung der Konsolidierungsaufgabe bis 2022. Dem stellt sich die Verwaltung mit einer integrierten Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2015 und die sich anschließenden Jahre der mittelfristigen Finanzplanung.

Schlusspunkt ist dieser Haushalt, denn die Jahresabschlüsse – eine wichtige Informationsquelle für eine gute und verantwortliche Finanzsteuerung – liegen nun vor. Der *Entwurf des Jahresabschlusses 2012* wurde in das Prüfungsverfahren übergeben, und das *vorläufige* Ist des Haushaltsjahres 2013 sowie die *Prognosen* aus dem Finanzcontrolling 2014 lassen uns qualifizierte Schlüsse ziehen. Sie können dem Vorbericht entnehmen, dass ich bei der Aufstellung des

Haushaltes bereits mit diesen Informationen gearbeitet habe.

An dieser Stelle gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtvorstand und Herrn Oberbürgermeister, vor allem aber der Kämmerei, die an diesem Werk mitgewirkt hat.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und von Jörg Detjen
[Die Linke])

Namentlich möchte ich hier Frau Schneider und Herrn Ropertz nennen.

Der Haushalt als Schlusspunkt. Das Ende der jahresabschlusslosen Zeit ist gekommen. Wir können Ressourcenverbräuche deutlicher erkennen und sichtbar machen. Das ermöglicht Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihren Beschlussfassungen mehr finanzielle Steuerungsinformationen zugrunde zu legen. Insbesondere die Prognoseberichte zu den Stadtfinanzen lassen Ihnen und der interessierten Öffentlichkeit qualifizierte Informationen zur unterjährigen Finanzentwicklung und zu den Finanzwirkungen der Ratsbeschlüsse zukommen. Sie sind übrigens regelmäßig auf den Seiten des Finanzausschusses im Netz verfügbar. Insofern sind diese Berichte eine Einladung an die Öffentlichkeit, sich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren. Das wird im vor uns liegenden Jahr 2015 besonders wichtig sein, weil uns die kurzfristigen Finanzentwicklungen vor sehr große Herausforderungen stellen. Ich komme darauf zurück.

Einen *Übergang* bildet dieser Haushalt, weil die Erkenntnisse aus den Jahresabschlüssen und aus der Finanzprognose zur Istentwicklung noch nicht vollständig und reibungslos mit der Finanzplanung verknüpft sind. Hier gewinnen wir – damit meine ich alle Teile der Verwaltung – gerade eine integrierte Planungspraxis. In der Übergangsphase gibt es naturgemäß noch die eine oder andere Friktion und Restriktion. Für die Haushaltsberatungen bedeutete die Arbeit mit den Jahresergebnissen, dass wir zu einer in Köln neuen Aufstellungsmethodik greifen konnten, die im Vorbericht ausführlich erläutert ist.

Mit dieser Umstellung geht die Einführung eines zweistufigen Aufstellungsverfahrens einher: die Festlegung von Budgets und die Begrenzung

des Defizits durch einen Beschluss des Stadtvorstands zu den Budgetgrundlagen und die Obergrenze der Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage in einem Top-down-Verfahren, das durch die Fachplanung im Gegenstromverfahren bottom-up auszufüllen ist. Entsprechende Beschlüsse hat der Stadtvorstand in seinen Sitzungen im Juni und Anfang November gefasst und Ende November bestätigt. Sie beinhalten die Festlegung von dezernatsbezogenen Budgets mit Konsolidierungsvorgaben und die Festlegung der Entnahmekoten für das Haushaltsjahr 2015 mit der anschließenden mittelfristigen Finanzplanung.

Die Umsetzung einer am bereinigten Ist, also dem tatsächlich umgesetzten Bedarf orientierten Planung der Fachdezernate bedurfte eines verlängerten Aufstellungsprozesses. Nicht in allen Fällen sind daher die Maßnahmenplanungen auf die Konsolidierungserfordernisse abgestimmt und damit den jeweiligen Teilplänen bereits zuzuordnen gewesen. Daher legen wir Ihnen jetzt Haushaltsplan und Satzung mit den Angaben gemäß § 78 GO NRW sowie die Verteilung der Konsolidierungen auf die Dezernatspläne anhand von Pauschalen vor. Eine produktscharfe Zuordnung soll, wie gesagt, im Februar abgeschlossen sein und Ihnen mit dem Steuerungsband zugeleitet. In diesen Beratungsprozess können auch die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes aus den Bezirken einfließen, die derzeit ausgewertet werden. Es ist klar, dass wir den offenen Haushalt noch transparenter und verständlicher gestalten und den Bürgern und Bürgerinnen näherbringen müssen. Die Kämmerei hat hier einen Schwerpunkt gebildet.

Ein *Anfang* liegt mit dem heute eingebrachten Haushalt ebenfalls vor, denn der Aufstellungsprozess war bei diesem Haushalt von dem Bemühen der Fachdezernate geprägt, bedarfsgerechte Anmeldungen in den Geschäftsgang zu bringen. Die Kämmerei hat sich mithilfe zahlreicher Analysen und in vielen Gesprächen sehr intensiv mit der Lücke zwischen den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten und einer bedarfsgerechten finanziellen Zuweisung auseinandergesetzt.

(Präsentation – Folie 1)

Ich hoffe, dass die Säulen mit den Unterschriften von Ihren Plätzen aus zu lesen sind, und möchte diese Grafik nur kurz erläutern. Sie erkennen

den angemeldeten Bedarf – durchaus nicht Luxus oder unvertretbar –, den wir zu Beginn unserer Beratungen zusammengetragen haben, um einen Überblick darüber zu gewinnen, was aus fachlicher Sicht notwendig ist. Sie erkennen aber auch, dass die finanziellen Gegebenheiten eine klare Restriktion erfordert haben. Insofern waren die Zahlen für uns ein wichtiges Hilfsmittel, um zu der Zielsetzung zu gelangen, die sie in der mittelgroßen Säule auf der rechten Seite finden; sie wird in der Grafik mit dem vorläufigen Ist aus dem Jahr 2013 – wir stellen eine Defizitbetrachtung an- und der aktuellen Prognose 2014 konfrontiert. Und wir stellen fest: Wenn wir den Konsolidierungsstrang fortsetzen, ist – jedenfalls unter Verwendung der Ressourcen, die in den letzten Jahren, in den Jahren 2013 und 2014, zur Verfügung standen – auch unter den verschärften Bedingungen des Haushaltsjahres 2015 eine vertretbare, realistische Zielplanung aufzustellen.

Es gibt eine weite Lücke zwischen dem, was aus fachlicher Sicht für die Stadt nötig und empfehlenswert ist – wo wir auch mit anderen Städten dieser Größenordnung und Bedeutung gemessen werden –, und dem, was wir mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen leisten können. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse wird der Finanzbereich in einen Prozess der Priorisierung einbringen können.

Die kurzfristige Antwort auf die Herausforderung, beide Säulen – Finanzrahmen und Bedarf – auf gleiche Höhe zu bringen, ist das Pochen auf strikte Einhaltung der Budgets. Das wird mit der Festsetzung der pauschalen Konsolidierungsbeiträge in Höhe von knapp 167 Millionen Euro erreicht, die – wie sie der Aufstellung im Planentwurf auf Seite 39 des Bandes 2 entnehmen können – den Dezernaten zugeordnet sind. Sie erkennen dort die Beträge, um die die Dezernatsbudgets nach heutigem Stand anzupassen sind.

Die Überschreitung der Budgets durch die Fachplanungen erklärt sich in erster Linie aus der Fortschreibung der Ansatzplanungen aus den Vorjahren, die noch nicht an die Istentwicklung angepasst sind. Die Budgets wurden nach den bereits in der Vergangenheit angewandten Budgetierungsregeln ermittelt und bilden die rechnerische Grundlage für die Priorisierung durch den Stadtvorstand. Sie werden durch die Verstärkung der integrierten Finanzplanung ergänzt.

Für die Zukunft hat der Finanzausschuss am gestrigen Montag den Weg dafür bereitet, diese Aufgabe mit Unterstützung unserer Projektpartner, dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, im Rahmen des Projekts „Finanzierung einer leistungsfähigen, generationengerechten Infrastruktur am Beispiel der Stadt Köln“ noch besser und auf einen Teilbereich fokussiert anzupacken.

Die darüber hinausreichende strategische Aufgabe ist die Definition des strukturellen Defizits im Haushalt der Stadt Köln sowie die weitere Entwicklung von Gegenmaßnahmen – das wird nur in einem integrierten Managementprozess zu schaffen sein – als nächstem Schritt auf dem Weg zu einer *tragfähigen und damit nachhaltigen Finanzaufstellung* der Stadt. Diese Ausrichtung unserer Analysen und Planungen liegt mir besonders am Herzen. Wir gehen diesen Schritt für Schritt und haben nun eine Diskussion um die Indikatoren tragfähiger doppischer kommunaler Haushalte initiiert. Es geht um mehr Stetigkeit – deshalb brauchen wir die Indikatoren – und einen Beitrag zur Stabilität der Kommunalfinanzen. Es geht aber auch um eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den staatlichen Ebenen aus der Finanzperspektive der Stadt Köln. Es werden spannende Jahre zur weiteren Entwicklung des Kölner Wegs bei der generationengerechten Finanzplanung und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Konjunktur, Konnexität, Gemeindefinanzierungsgesetz und Infrastrukturfinanzierung prägen die Stadtfinanzen. Aber sind die Stadtfinanzen derzeit nicht eine Dauerbaustelle? – Wollten wir das Bild der Baustelle auf den gegenwärtigen Zustand der Finanzbeziehungen zwischen den staatlichen Ebenen und damit auch mit den Kommunen anwenden, so müssten wir feststellen, dass weder Richtung noch Ende des Staus absehbar, die Löcher auf dem Weg zum Ziel kaum kalkulierbar sind und viel zu viele sich widersprechende Schilder aufgestellt sind. In diesen Tagen konnten wir etwa lesen, wie unmittelbar die ungeklärten Fragen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die *Mobilität* der Menschen auch in unserer Stadt betreffen. Keine Klarheit besteht darüber, wann und nach welchen Regeln die für die Kommunen vorgesehenen Mittel zur Entlastung bei der *Eingliederungshilfe* kommen werden – für Köln geht es dabei um jährlich 60

bis 80 Millionen Euro – oder ob und in welcher Höhe eine Entlastung bei der für Köln so wichtigen Position der *Kosten der Unterkunft* kommen wird. Der Kölner Beitrag beträgt derzeit rund 250 Millionen Euro.

Wird es ein Investitionspaket geben? – Ob der Soli dafür oder für andere Zwecke zur Verfügung steht, ist zwischen den Ländern umstritten. Stets ist zu fragen: Was trägt der Bund bei, oder wie stark wird das Länderkonto – vielleicht mittelbar – belastet? Wie werden die Finanzbeziehungen der Länder untereinander gestaltet? Und vor allem: Wird es gelingen, die Kommunen vor der Überbürdung der Wirkungen der Schuldenbremse zu schützen?

Als Eigentümerin einer wichtigen Akteurin auf dem Energie- und Strommarkt, der Rheinenergie, ist Köln auch von den Regulierungen der Energiewende betroffen: Die Rheinenergie schüttet im Finanzplanungszeitraum über den Stadtwerkekonzern 60 Millionen Euro jährlich an den städtischen Haushalt aus. Auch die Entwicklung der Konjunktur, insbesondere der Außenwirtschaft, gibt zum Nachdenken Anlass. Des Weiteren: Eine aktuelle Einschätzung mancher Experten geht davon aus, dass die US-amerikanische Notenbank Fed im nächsten Jahr eine aggressivere Zinspolitik als bisher erwartet einleiten könnte. Was bedeutet dies – und wann – für die Finanzierung der geplanten städtischen Investitionen? – Die Auseinandersetzung mit den finanziellen Rahmenbedingungen führt zu der Einsicht, dass es für Köln erforderlich ist, sich systematisch und verstärkt mit der Entwicklung dieser Rahmenbedingungen zu befassen.

In verschiedener Hinsicht bedarf die Kölner Position einer eigenständigen Akzentuierung in Nordrhein-Westfalen und bundesweit:

Erstens: Baustelle Millionenstadt. Köln ist die einzige Millionenstadt in der Bundesrepublik, die nicht zugleich Landeshauptstadt ist. Das unterscheidet uns von Berlin, Hamburg und München. In finanzieller Hinsicht ist dieser Unterschied dramatisch, insbesondere, was Traditionen in der Finanzierung nichtpflichtiger Bereiche wie Kultur und Sport anbelangt. Es ist wenig hilfreich, wenn eine Bundesministerin mehr Mittel für Kultur anmahnt, aber übersieht, dass die vielfältigen institutionellen Angebote zur Kultur in Köln fast ausschließlich aus kommunalen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen])

Städtische Bühnen, Gürzenich-Orchester, eine vielfältige freie Theaterlandschaft, die städtischen Museen, Initiativen – all dies wird im Wesentlichen von den Kölner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanziert.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Allerdings sei eine Einladung an die Ministerin ausgesprochen, durch ein deutliches finanzielles Commitment im Zusammenhang mit der Historischen Mitte die bestehenden Defizite wenigstens zu mildern.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Baustelle GFG. Kölns ist fast eineinhalbmal so groß wie die nächstfolgende Großstadt in Nordrhein-Westfalen. Diese Relation, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist von fundamentaler Bedeutung, wenn es um die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs geht. Vom kommunalen Finanzausgleich profitiert Köln, denn Köln ist in der Regel mit durchschnittlicher oder unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft ausgestattet. Die sogenannte Einwohnerveredelung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen hatte bis einschließlich 2013 eine Wichtung von 157 Punkten pro Einwohner in der – nur für Köln zutreffenden – höchsten Klasse; seither ist sie auf 148 Punkte pro Einwohner bzw. Einwohnerin herabgesetzt. Auch wenn der Abstand zur nächstgrößeren Städtekategorie weiterhin drei Punkte beträgt – der sogenannte Elefantenansatz –, ist die Verteilungswirkung der mit dem GFG 2014 eingeführten Kappung und Stauchung doch eine für Köln ungünstige. Es wurden übrigens auch die Parameter zum Beispiel für die Bewertung der Ganztagsbeschulung verändert, die in die Zahlungen nach dem Schlüssel des GFG einfließen.

Für das Haushaltsjahr 2015 tritt hinzu, dass erstmals die Rückzahlungen des Landes aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz wie aktuelle Steuerkraft behandelt werden. Es zeigt sich jedoch, dass dies angesichts des erheblichen aktuellen Zuwachses an pflichtigen Aufgaben und der schwachen Entwicklung der originären Fi-

nanzkraft zu zweifelhaften Wirkungen führt – 80 Millionen Euro weniger.

Drittens: Baustelle Konnexität. Köln gehört zu den wenigen wachsenden Städten in NRW; Herr Oberbürgermeister hat es bereits im Einzelnen ausgeführt. Bis 2020 rechnet die Stadt mit dem Zuzug von etwa 22 800 Menschen als Folge von Binnenmigration, verstärkt durch die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa und von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen. In der Summe wächst die Stadt in den nächsten drei Jahren in Bereichen, die erhebliche finanzielle Ressourcen für den Bau von Betreuungseinrichtungen und Schulen binden werden. Schulische Inklusion, Ganztagsunterricht, Flüchtlingsunterbringung und -betreuung, Kosten der Unterkunft für arme Menschen – die Zahl der Aufstocker in Köln steigt –: Hier sind Bund und Land bei der kurzfristigen Schließung einer Konnexitätslücke gefordert, die nach vorsichtigen Schätzungen bei etwa 80 Millionen Euro – ohne die Kosten der Unterkunft – liegt.

Die Stadt Köln ist stolz auf ihre Fähigkeit und Kompetenz, in diesem Jahr bereits 7 000 Menschen eine Heimat anzubieten, die als Flüchtlinge oder Migranten zu uns gekommen sind. Hinter dieser großen Leistung steckt das Engagement von Einzelnen, von Verbänden, von Nachbarschaften, der Verwaltung und nicht zuletzt der Politik. Köln hat das geschafft, trotz angespannter Ressourcen – Flächen, Unterkünfte, Finanzmittel sind begrenzt. Hilfreich war, dass in den letzten Wochen durch Bund und Land, wenn auch in Begrenztem Umfang, Finanzmittel zugesetzt wurden. Zentral und wichtig für Köln wäre es aber, dass bei den Zuweisungsquoten auch die Flüchtlinge angerechnet werden, die außerhalb formaler Zuweisungsvergaben zu uns kommen. Andere Maßnahmen, insbesondere Verwaltungserleichterungen und Erleichterungen hinsichtlich Gebäudenutzungen, sind noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Und es bedarf weiterer finanzieller Mittel.

Nächster Punkt: Baustelle regionales Zusammenwirken. Köln wächst an beiden Enden der sozialen Skala. Lebensqualität und soziale Integration spielen für die Stadt eine große Rolle. Dies drückt sich vor allem im Bedarf an Qualitätssicherung durch freiwillige Leistungen im schulischen und Betreuungsbereich, in der Sicherung von Lebensqualität in den Nachbarschaften – etwa im Alter –, in der Unterstützung

künstlerischer und kreativer Vielfalt in der Stadt aus. Zudem ist Köln Zentrum für Beratungsangebote der Daseinsvorsorge auch für das Umland. Dem trägt der Haushalt Rechnung. Wir haben kürzlich auch festgelegt, dass freiwillige Transferleistungen in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung in bestimmtem Umfang aus Gründen der Planungssicherheit aufrechterhalten werden sollen. Allerdings müssen wir uns gemeinsam mit der Region die Frage stellen, welche Ausgleichssysteme gefunden werden können, um die vielfältigen Angebote im Interesse aller stetig aufrechtzuerhalten.

Letzter Punkt: Baustelle Infrastrukturfinanzierung. Für Köln als Wirtschaftsstandort mit hoher Ein- und Auspendlerdichte spielt, wie bereits dargestellt, die Infrastrukturentwicklung eine besondere Rolle. Die Auflösung des Investitionsstaus ist ein eigenes Thema. Eine Millionenstadt mit sieben Rheinbrücken – demnächst vielleicht acht – ist auf die Unterstützung durch Bund und Land angewiesen. Auch hier muss schnellstens Klarheit geschaffen werden. Die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände liegen auf dem Tisch, und die staatlichen Ebenen sind zum Handeln aufgefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz dieser schwierigen Bedingungen ringen wir gemeinsam – auch im Stadtvorstand – um die Qualität der Betreuungsangebote aller Art, schaffen Platz durch zahlreiche Bauten, um auch den neu hinzuziehenden Kindern und Jugendlichen und ihren Familien eine einschließende Perspektive bieten zu können. Eine Stadt für alle – eine neue Heimat! Allerdings: Dieses Ziel der Planungen aller Dezernate ist nur mit stabilen Finanzen zu erreichen. Die Orientierung am Machbaren ist zwingend. Daher muss priorisiert werden. Das heißt, dass anderes in den Hintergrund treten muss. Wie viel und was genau, hängt auch davon ab, wie und wann die Konnexitätsansprüche gegenüber Bund und Land eingelöst werden – ein forderndes Unterfangen, vor allem in Zeiten der Schuldenbremse.

In einer Zeit, in der die originären Erträge aus Steuereinnahmen mit den wachsenden Aufwendungen nicht mithalten – die Steuerquote des vorgelegten Haushalts liegt im hier maßgeblichen Zeitraum zwischen 52 und 53 Prozent –, fallen offene Baustellen bei Konnexitätsleistungen und beim Gemeindefinanzausgleich besonders ins Gewicht. Der Ausfall von 80 Millionen

Euro im Haushaltsjahr 2015 im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung aus der Perspektive des Doppelhaushaltes 2013/2014 hat uns sehr getroffen.

Im Folgenden will ich kurz Budgetierung, Planung und Sanierungsstrategie behandeln. Ich beschränke mich auf die budgetäre Entwicklung, da Einzelheiten zur Produktfinanzierung nach Abschluss der Diskussion um die Verteilung der Konsolidierungsbeträge auf die Produkte vorgelegt werden. Die Planung orientierte sich an dem – durch Eliminierung von Sondereffekten sowie Einbeziehung finanzwirksamer Ratsbeschlüsse und absehbarer Mehrbedarfe – bereinigten und fortgeschriebenen Ist aus 2013. Als Zielquote wurde zunächst eine Entnahme von 3,5 Prozent festgelegt – das hätte einem Defizit von 200 Millionen entsprochen –, die sich in den Folgejahren um je 0,5 Prozentpunkte vermindert. Diese Zielplanung wurde aufwandsseitig im Wesentlichen beibehalten. Allerdings wurden die ertragsseitigen Verschlechterungen durch Mindererträge aus dem GFG – rund 80 Millionen Euro – und die Berücksichtigung der konjunkturellen Risiken durch eine Minderveranschlagung der Gewerbesteuer von 20 Millionen Euro nur zum Teil aufgefangen. Daher wurde die Entnahmekquote 2015 auf 280 Mio €, das entspricht 4,78 Prozent, angepasst.

Für den Finanzplanungszeitraum sind im Vorbericht Einzelheiten zur Anpassung der Entnahmekquote dargelegt. Grundsätzlich bleibt es bei der Planung, die Entnahmekquote dabei bis zum Jahr 2022 auf 0 Prozent zu reduzieren. Im Übrigen wurden die Budgets der Dezernate an die bestehende Beschlusslage des Rates angepasst sowie Mehrbedarfe bei Vorliegen von Fallzahlsteigerungen bzw. zwingenden Regelungen akzeptiert, sofern diese nicht an anderer Stelle kompensiert werden konnten.

Der Konsolidierungsbedarf bei den die zugewiesenen Budgets überschreitenden Anmeldungen wurde auf 166,7 Millionen Euro festgelegt und liegt der Zielplanung zugrunde. Technisch musste der Konsolidierungsbedarf pauschaliert in Zeile 9 des Gesamtergebnisplans als Ertrag eingebucht werden. Mit der bis Februar erfolgenden vollständigen Auflösung der pauschalen Konsolidierungsbeträge durch Mehrerträge oder Minderaufwendungen – beides ist möglich; derzeit sind noch rund 67 Millionen Euro im Verfahren – werden die Beträge angepasst. Lediglich für zwei

Geschäftsfelder wurden bereits über die nach den oben dargestellten Regeln zugewiesenen Budgets hinaus Zuwächse anerkannt: Dem Sozialbereich wurden rund 35 Millionen Euro zugewiesen, um den gestiegenen Bedarfen bei der Unterbringung armer Menschen Rechnung zu tragen. Bis zu 2,5 Millionen Euro wurden dem Kulturbereich zweckgebunden für die Abdeckung der notwendigen Bewachungs- und Energiekosten im Bereich der städtischen Museen zugestanden.

Abschließend einige budgetäre Schlaglichter:

Zunächst zum Aufwand und Ressourcenverzehr. Prägend für den Kölner Haushalt ist zunehmend der starke Anstieg von Abschreibungen, die in der Doppik jahresbezogen erwirtschaftet werden müssen. Sie liegen 2015 bei 180,5 Millionen Euro und steigen bis 2018 auf 201,4 Millionen Euro.

Der Vermögensverzehr bei Ausgliederungen wie den städtischen Bühnen in den Spielzeiten bis 2017/18 beträgt über 35 Millionen Euro, die der städtische Haushalt über den Zuschuss ausgleicht.

(Präsentation – Folie 2)

Ein Blick auf die Aufwandskonten zeigt, dass vor allem die Transferaufwendungen steigen. Die Aufwandskonten, die stärker im Bereich der unmittelbaren städtischen Aufgabenbewältigung liegen, steigen deutlich weniger. Von den hier aufgeführten ordentlichen Aufwendungen entfallen allein 250 Millionen Euro auf die Kosten der Unterkunft. Bei den Transferaufwendungen – also dem, was die Stadt an Dritte leistet – entfallen allein 2015 brutto knapp 500 Millionen Euro auf soziale Hilfen und 201 Millionen Euro auf die Hilfe für junge Menschen und ihre Familien.

(Präsentation – Folie 3)

Abschließend ein paar Worte zum Personalaufwand; auch darüber ist hier schon gesprochen worden. Natürlich ist die Entwicklung des Personalaufwandes immer im Fokus der Haushaltsberatungen, zumal dann, wenn deutlich wachsende Aufgaben bewältigt werden müssen. 2015 machen die Personalaufwendungen in Höhe von 906,6 Millionen Euro einen Anteil an den Gesamtaufwendungen von fast 23 Prozent aus. Zudem werden 59 Millionen Euro für die Versorgung der städtischen Beamten aufgewendet. Wenn Sie diese Zahlen betrachten, müssen Sie

jedoch bedenken, dass in diesen Summen nicht allein die Personalkosten enthalten sind, sondern darüber hinaus die Rückstellungen für zukünftige Kosten zur Personalfinanzierung. Gerade diese Aufwandsposition macht deutlich, dass wir mit der Erwirtschaftung von heute die Kosten von morgen sichern, das heißt generationengerecht vorgehen. So sind in den hier ausgewiesenen Personalaufwendungen allein 157,5 Millionen Euro an Personalrückstellungen enthalten.

Den Daten liegt eine restriktive, aber auskömmliche Personalplanung zugrunde. Der Haushalt geht davon aus, dass in den nächsten Jahren gegenüber dem Vorjahr 300 Stellen zugesetzt werden. In die Planung fließen darüber hinaus Tarifsteigerungen und die Erhöhung der Beamtenbesoldung sowie die entsprechende Anpassung der Versorgungsaufwendungen und weitere kleine Positionen wie Mittel für die Personalentwicklung und dergleichen ein.

(Präsentation – Folie 4)

Ich fasse zusammen. Der Haushalt 2015 schließt mit einem Defizit von rund 280 Millionen Euro ab. Das entspricht einer Entnahmekquote von 4,78 Prozent. Das Defizit verringert sich bis zum Jahr 2018 auf rund 161 Millionen Euro. Das entspricht einer Entnahmekquote von 3,12 Prozent.

Um diese Ergebnisse zu erzielen, bedarf es – nicht zuletzt wegen des Anwachsens der pflichtigen und damit auch der Konnexität unterliegenden Aufgaben im Schul- und Betreuungsbereich sowie bei den Sozialleistungen – einer gewaltigen Anstrengung von Verwaltung, Politik und Bürgergesellschaft. Es ist jedoch absehbar, dass es darüber hinaus – insbesondere zur Erfüllung notwendiger investiver Aufgaben und zur Minderung von Sozillasten – notwendig ist, dass die staatlichen Ebenen ihrer Verpflichtung gegenüber den Kommunen nachkommen und insbesondere bei der weiteren Erfüllung der Konnexitätsverpflichtungen Verantwortung übernehmen.

(Präsentation – Folie 5)

Die eingeschlagene Sanierungsstrategie ist erforderlich, um eine Aufzehrung des Bürgervermögens zu stoppen. Der Weg der Konsolidierung des städtischen Haushalts vermeidet die Vergeblichkeitsfalle.

Also: Das Zusammenwirken von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft ist zentral, die Übernahme von

Finanzierungsverantwortung durch die staatlichen Ebenen muss hinzutreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Präsentation – Folie 6)

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kämmerin, für diese ausführliche Darstellung.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung. Wie bereits eingangs beschlossen, werden wir die beiden Tagesordnungspunkte 2 und 3 in die Fachgremien überweisen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich schließe die heutige Vormittagssitzung und wünsche einen guten Appetit. Wir sehen uns um 15 Uhr zur ordentlichen Sitzung wieder.

(Ende der Sitzung: 13.13 Uhr)